



And the Winners are: Columbia, Harvard, Stanford – Anmerkungen zum Ranking von Politikwissenschaft ... ‚weltweit‘ Urheber: Dr. Günther Auth

Simon Hix von der *London School of Economics and Political Science* hat jüngst ‚gemessen‘, daß zwischen US-amerikanischen bzw. britischen und allen anderen politikwissenschaftlichen Instituten auf der Welt große Qualitätsunterschiede herrschen¹. In den *top ten* aller [sic!] politikwissenschaftlichen Institute finden sich alleine 9 US-amerikanische Departments². Ihrem Anspruch nach gibt die Rangliste Aufschluß über die relative Qualität von politikwissenschaftlichen Instituten ‚weltweit‘. Mit Hilfe von Tabellen wird ‚objektiv‘ bewiesen, daß die politikwissenschaftliche Ausbildung in den USA sehr viel besser ist, als überall sonst auf der Welt. Vielleicht ist das ja wirklich so. Es empfiehlt sich jedoch, den hohen Anspruch mit der Realität zu konfrontieren.

Die Messung von Hix setzt voraus, daß die soziale Welt statistisch erfahrbar ist. Es gilt, daß Tabellen und Skalen nicht nur technische Zusammenhänge abbilden, sondern daß Statistiken auch Aufschluß über Korrelationen und relative Wertigkeiten gesellschaftlicher Sachverhalte geben können. In der Sprache von Astronomen und Mathematikern aus dem 18. Jahrhundert ist mit Blick auf soziale Phänomene die Rede von mehr oder weniger ‚zuverlässigen Messergebnissen‘, von ‚Genauigkeit‘, ‚Präzision‘ und ‚Voreingenommenheit‘, von ‚Messfehlern‘, vom ‚Gesetz der großen Zahl‘, vom ‚Erhebungszeitraum‘, vom ‚Durch- bzw. Längsschnitt der Analyse‘, von ‚Standardabweichungen‘ usw. In den westlichen Industriestaaten, und ganz besonders im angloamerikanischen Raum, erfreut sich diese Sprache großer Beliebtheit. Traditionell herrscht gerade dort großes Vertrauen in die Aussagekraft, ja sogar ‚Objektivität‘, quantitativ erhobener und statistisch ausgewerteter ‚Daten‘. Für die Verfechter des statistischen Weltbilds ist die zu messende Wirklichkeit – und sei es auch ‚nur‘ qua Arbeitshypothese – als solche unmittelbar gegeben, ‚da draußen‘, und damit unabhängig vom Beobachter und seinem Messinstrumentarium im Labor ‚hier drinnen‘. Die soziale Wirklichkeit, wie z.B. die Qualität politikwissenschaftlicher Institute weltweit, ist als solche analysierbar und mit Hilfe nominaler/metrischer Indikatoren skalierbar.

Im 21. Jahrhundert mutet diese Position etwas unglaubwürdig an, hat es sich doch mittlerweile herumgesprochen, daß jeder Wissenschaftler den zu messenden Objektbereich durch sein gedankliches bzw. konzeptuelles Zutun formen muß, damit er ‚messbar‘ wird. Namhafte Naturwissenschaftler gehen seit längerer Zeit davon aus, daß selbst die Morphologie ‚natürlicher‘ Phänomene nicht einfach gegeben ist³. Im

¹ Simon Hix, A Global Ranking of Political Science Departments, *Political Studies Review*, vol. 2 (2004), 293-313.

² Laut Hix sind die zehn ‚besten‘ Politikwissenschafts-Institute der Welt an der: 1. Columbia Universität; 2. Harvard Universität; 3. Stanford Universität; 4. Ohio State Universität; 5. Europäisches Universitäts-Institut (Florenz); 6. Universität von Kalifornien (San Diego); 7. Universität von Kalifornien (Irvine); 8. Indiana Universität; 9. Princeton Universität; 10. Yale Universität.

³ Die Quantenphysiker Werner Heisenberg und Niels Bohr sind für spätmoderne Sozialwissenschaftler deshalb so faszinierende Naturwissenschaftler, weil sie plausibel erklärt haben, daß und warum es nicht möglich ist, ein Objekt zu beobachten oder gar zu ‚messen‘, ohne in den umliegenden Objektbereich einzudringen und diesen damit zu verändern. Das Heisenberg’sche *Unsicherheitsprinzip* besagt in diesem Zusammenhang z.B., daß die Reduktion von Fehlern bei der Messung einer Variable (von Geschwindigkeit) die Fehler bei der Messung einer anderen Variable (der Position von Partikeln) erhöhen. Die ganze Krise des statistischen Weltbildes kulminiert im Gödel’schen Paradox, insofern die zu messenden naturgesetzlichen Zusammenhänge ihre Stringenz aus der vermeintlichen Stringenz mathematischer Formeln ziehen – die freilich selber rein künstlich sind und auf einer willkürlichen Setzung der Mathematik als Kunstsprache beruhen.

Kontext sozialer Phänomene hängt Erkenntnis auf jeden Fall an der Sprache, den Kriterien und dem Sinnverstehen des Analytikers. Das bedeutet eigentlich, daß das Paradies ‚objektiver‘ Erkenntnis unwiederbringlich verlorengegangen ist. Und dennoch suggerieren Statistiken wie die von Hix ungebrochen, daß soziale Zusammenhänge und Wertigkeiten messbar und skalierbar sind⁴. Angesichts dieses Paradoxons, nämlich daß für die Anhänger des statistischen Weltbilds eine Trennung zwischen dem messenden Subjekt und dem zu skalierenden Objektbereich existiert, und daß für spätmoderne Sozialwissenschaftler jede Messung als eine sozial eingebettete Konstruktion erscheinen muß, stellt sich mir grundsätzlich die Frage nach dem Wert der Aussagen von Statistiken. Wie im vorliegenden Fall, der relativen Wertigkeit politikwissenschaftlicher Institute, informieren statistisch erhobene Messergebnisse ihrem Anspruch nach über vermeintlich gegebene und ‚objektiv‘ vorliegende Zusammenhänge. Aus dem Blickwinkel der spätmodernen Sozialwissenschaft tun sie das gerade nicht. Von dort aus gesehen informieren sie eher über das soziokulturell bedingte Weltbild und Ethos des Statistikers und seiner Diskursgemeinschaft.

Wie problematisch die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit statistischer Messungen sein kann, will ich am Beispiel der ‚Messungen‘ von Qualitätsunterschieden zwischen politikwissenschaftlichen Instituten verdeutlichen. Dabei interessiert mich vor allem, was die von Hix erstellte Rangliste für diejenigen bedeutet, die nicht Teil der von Hix repräsentierten Klientel sind. Mit anderen Worten, mir geht es hier auch und v.a. um die Politik des Analytikers und seiner Diskursgemeinschaft.

Eine Rangliste politikwissenschaftlicher Institute

Maßgeblich für die von Hix vorgenommene Rangeinteilung war in erster Linie die Zahl und Bedeutung all jener wissenschaftlichen Aufsätze, die von Politikwissenschaftlern in anerkannten politikwissenschaftlichen Fachzeitschriften in einem Zeitintervall von fünf Jahren (1998-2002) veröffentlicht wurden. Als ‚anerkannt‘ galten für Hix diejenigen Zeitschriften, die in besagtem Zeitintervall von einem Politikwissenschaftler geschäftsführend herausgegeben wurden und in deren Herausgeber-Gremium mehrheitlich Politikwissenschaftler saßen. Von den 152 Zeitschriften, die dieses Kriterium erfüllten, waren 63 primär relevant; entweder weil diese Zeitschriften traditionell eine mehr oder weniger bedeutende Rolle für ‚den‘ politikwissenschaftlichen Diskurs spielen, insofern Politikwissenschaftler Beiträge aus diesen Zeitschriften zitieren, oder weil sie im Untersuchungszeitraum als wichtig galten, obwohl sie traditionell keine besondere Rolle für den wissenschaftlichen Diskurs spielen⁵. Als ‚wissenschaftliche‘ Aufsätze galten Artikel und Forschungsberichte, nicht jedoch Kommentare der Herausgeber, Buchrezensionen und sehr kurze Literaturberichte. Die eigentliche ‚Messung‘ bestand darin, daß all diejenigen Aufsätze, die von Wissenschaftlern *eines* politikwissenschaftlichen Instituts verfasst wurden, mit einem vollen Punkt (1.0) für das Institut bedacht wurden. Aufsätze, die von zwei Wissenschaftlern *unterschiedlicher* Institute verfasst wurden, brachten einen halben Punkt (0.5) für jedes Institut. Aufsätze, die von drei Wissenschaftlern *dreier unterschiedlicher* Institute verfasst wurden, brachten einen Drittel Punkt (0.33) für jedes Institut usw. Basierend auf der Annahme, daß nicht alle Zeitschriften den gleichen Einfluß auf ‚den‘ politikwissenschaftlichen Diskurs haben, wurden zahlreiche ‚irrelevante‘ Zeitschriften (etwa solche mit besonderem Schwerpunkt

⁴ Selbstverständlich werden Statistiken zum Zweck des Rankings universitärer Institute nicht nur von amerikanischen Sozialwissenschaftlern erstellt. Gerade erst ist eine Rangliste der ‚besten‘ deutschen universitären Fachbereiche für die Vermittlung von wirtschaftsnahem Wissen erschienen. Vgl. Wirtschaftswoche 11/2006, 196-204. Es erübrigt sich darauf hinzuweisen, daß auch für diese Statistik entscheidend ist, mit welchen Annahmen und Kriterien zur ‚Messung‘ geschritten wird.

⁵ Aufgrund ihres Status im jeweiligen Kontext der akademischen *communities* ‚wichtige‘, global gesehen aber unbedeutende Zeitschriften waren das *Australian Journal of Political Science* (AJPS), *Politische Vierteljahresschrift* (PVS) und *Scandinavian Political Studies* (SPS).

auf Regionalstudien, Sicherheitspolitik, Menschenrechte usw.) komplett vernachlässigt. Für jede ‚relevante‘ politikwissenschaftliche Zeitschrift wurde dann ein Faktor errechnet, mit dem die einzelnen Artikel multipliziert wurden. So schrieb Hix dem vermeintlich einflußreichsten *American Political Science Review* (APSR) einen Faktor von 8.82 zu, der vergleichsweise unbedeutenden *Politischen Vierteljahresschrift* (PVS) einen Faktor von 1.52.

Die Erstellung der Rangliste(n) geschah in der folgenden Art und Weise: für eine erste vorläufige Rangliste wurden die Aufsätze bzw. die absolute Punktzahl zusammengezählt, die ein Institut innerhalb des Erhebungszeitraums aufgrund der Publikationsleistungen der dort arbeitenden Wissenschaftler auf sich vereinigen konnte; für eine zweite vorläufige Rangliste wurden die zur Berechnung herangezogenen Aufsätze mit dem Faktor multipliziert, der den Einfluß der Zeitschrift wiedergab, wo die Aufsätze veröffentlicht wurden; für eine dritte vorläufige Rangliste wurde die Zahl der Aufsätze eines Instituts durch die Anzahl der dort arbeitenden Wissenschaftler geteilt; und für eine vierte vorläufige Rangliste wurde die Zahl der Aufsätze eines Instituts mit dem Einflussfaktor der entsprechenden Zeitschriften multipliziert und dann durch die Anzahl der dort arbeitenden Wissenschaftler geteilt. Die Position eines politikwissenschaftlichen Instituts in der endgültigen Rangliste ergab sich aus seiner durchschnittlichen Position unter Zugrundelegung aller vier vorläufigen Ranglisten.

Unter den 100 besten politikwissenschaftlichen Instituten ‚der Welt‘ befanden sich am Ende der Messung 64 in den USA, 23 in Großbritannien, je 2 in Australien, Israel und Deutschland (das Mannheimer Institut für Europäische Sozialforschung und das Institut für Politikwissenschaft an der Humboldt Universität in Berlin), und je 1 in Italien, Irland, Schweiz, Norwegen, Niederlande, Dänemark und Kanada. Offensichtlich spiegelte sich in der Erhebung eine gewisse Voreingenommenheit gegenüber US-amerikanischen und britischen Instituten, was Hix vor allem auf die Tatsache zurückführte, dass Englisch seit geraumer Zeit die weltweite Wissenschaftssprache in ‚der‘ Politikwissenschaft ist. Aufgrund der überragenden Stellung englischsprachiger Fachzeitschriften sei die Integration von anglophilen Wissenschaftlern und Instituten in die ‚globale Disziplin‘ [sic!] zwangsläufig weiter vorangeschritten. Die Qualität von Instituten außerhalb des anglo-amerikanischen Sprachkreises sei zwar nicht angemessen berücksichtigt – eine Art Messfehler –, die geringe Zahl an Verweisen auf Forschungsergebnisse in nicht-englischer Sprache rechtfertige allerdings die Eingrenzung des Fokus, so zumindest Hix. Mit anderen Worten: das Endergebnis sei trotz dieser Einschränkung ‚repräsentativ‘ und ‚verlässlich‘⁶.

Man könnte nun einwenden, daß der Verweis auf Englisch als *lingua franca* der Politikwissenschaft zwar richtig, aber daß eine solche Beschränkung des Fokus auf englische Literatur für eine Messung globaler Qualitätsunterschiede nicht nur willkürlich, sondern auch problematisch ist. Schließlich wird politikwissenschaftliche Forschung und Lehre z.B. in Frankreich oder Japan, ganz zu schweigen von Ländern in Asien, von den dort ansässigen Wissenschaftlern durchaus ganz bewusst in der Sprache des jeweiligen Landes betrieben. Viele Publikationen dieser Wissenschaftler sind in ihrer Muttersprache verfasst und werden allein deshalb für die Messung globaler Qualitätsunterschiede nicht relevant. Man könnte zudem einwenden, daß die Erhebung von Qualitätsunterschieden zwischen politikwissenschaftlichen Instituten anhand der absoluten Zahl wissenschaftlicher Publikationen in den ‚führenden‘ Fachzeitschriften den inhaltlichen Aspekt, also was geschrieben wird, völlig außer acht lässt.

Beide Einwände berühren ein ernstes Problem: die Operationalisierung der Indikatoren zur Messung von Qualität in einer rein quantitativen Hinsicht. Die ganze Tragweite des Problems zeigt sich hier meines Erachtens nach in der Funktion jeder Statistik als Mittel für politische Zwecke. Denn selbst wenn man einmal davon ausgeht,

⁶ Erinnert sei hier noch einmal an das Heisenberg’sche *Unsicherheitsprinzip*, gemäß dem die Reduktion von Fehlern bei der Messung einer Variable die Fehler bei der Messung einer anderen Variable erhöht.

daß die Welt ‚messbar‘ ist, bleibt es dennoch eine Tatsache, daß all diejenigen, die den zu bewertenden Sachverhalt nicht mit den gleichen Kriterien messen, zwangsläufig zu einer völlig anderen Einschätzung kommen.

Zur Politik des Rankings politikwissenschaftlicher Institute

Idealer gesprochen beweisen alle mit Hilfe von metrischen Indikatoren dargestellten Sachverhalte, daß mit Blick auf gleiche bzw. zumindest vergleichbare Elemente – im vorliegenden Fall die politikwissenschaftlichen Institute – in einem raumzeitlich näher bestimmten Objektbereich das Attribut eines Elements etwas mehr und das Attribut eines anderen etwas weniger ‚wert‘ ist, gemessen an einem für alle untersuchten Elemente gültigen Vergleichskriterium. Grundsätzlich kann freilich jede Statistik nur solche Zusammenhänge zwischen Elementen metrisch darstellen, die vorher zum Zweck der Messung mit Hilfe von Konzepten und Indikatoren formalisiert und damit messbar gemacht wurden. Komplizierte Zusammenhänge müssen vereinfacht, objektiviert und dann mit metrischen Indikatoren beschrieben werden. Genau das bedeutet zwangsläufig, daß die konstitutiven Bedingungen sozialer Sachverhalte um der Messbarkeit willen typifiziert und ‚messbar‘ gemacht werden, indem von nicht oder nur schwer formalisierbaren Aspekten abstrahiert wird – ganz zweifellos immer ein willkürlicher Eingriff in den Objektbereich.

Im gerade beschriebenen Fall wurde die relative Qualität politikwissenschaftlicher Institute anhand *der absoluten Zahl von Aufsätzen ‚gemessen‘, die von Wissenschaftlern in den ‚führenden‘ Fachzeitschriften ‚der Disziplin‘ Politikwissenschaft publiziert wurden.* Nicht nur wurde einfach vorausgesetzt, daß die Summe von Publikationen ein guter Indikator für die Qualität von Forschung *und* Lehre ist. Völlig ausgeblendet blieben bei dieser Art ‚Messung‘ ganz entscheidende weil für die Aussagekraft der Statistik wichtige Aspekte, nämlich 1), daß die überwiegende Mehrzahl der ‚führenden‘ Fachzeitschriften nicht nur von US-amerikanischen und britischen Wissenschaftlern herausgegeben, sondern auch von US-amerikanischen und britischen Verlagen gesponsert wird; 2), daß die ‚führenden‘ Fachzeitschriften fast alle unter dem Dach der *American Political Science Association* bzw. ihrem britischen Pendant, der *Political Studies Association*, angesiedelt und damit unweigerlich dem dort herrschenden Wissenschaftsverständnis verpflichtet sind; und 3), daß die kumulierte und quantitativ ausgewertete Publikationsleistung von Wissenschaftlern am Selbstverständnis US-amerikanischer und britischer Politikwissenschaftler orientiert ist, die Publikationen aus Karrieregründen als Selbstzweck betrachten, und daß genau das weder etwas über die Originalität wissenschaftlicher Forschung und noch viel weniger über die Qualität politikwissenschaftlicher Lehre aussagt.

Zu 1): in den US-amerikanischen und britischen Zeitschriften publizieren deshalb fast ausschließlich US-amerikanische und britische Wissenschaftler, weil es die Themen, Sichtweisen und Einschätzungen dieser Wissenschaftler sind, die im amerikanischen und britischen Markt interessieren, und weil es der formelhafte Jargon dieser Wissenschaftler ist, der den meisten Käufern verständlich ist. Dazu kommt, daß die professionell betriebene Politikwissenschaft in den USA und Großbritannien von Seiten der jeweiligen Regierungen um der theoretischen Fundierung der US-amerikanischen bzw. britischen Politik willen gefördert worden ist. Nach dem ersten und noch stärker nach dem zweiten Weltkrieg ging es den Regierungen in den USA und Großbritannien darum, politisches Handeln durch wissenschaftlichen Input zu verbessern. Nirgendwo sonst auf der Welt ist die akademische Politikwissenschaft so eng mit der Praxis verzahnt und, als solche, zu einem aufgeblähten Industriezweig geworden, wie in den USA und Großbritannien. Mittlerweile funktioniert das Geschäft mit der Politikwissenschaft gerade dort nach den gleichen Gesichtspunkten wie jeder Gü-

termarkt: Anbieter reagieren auch und v.a. auf die Wünsche ihrer Käufer⁷. Und die Käufer auf dem globalen politikwissenschaftlichen Markt sind neben US-amerikanischen und (sehr viel weniger) britischen Studenten die professionellen Akademiker, Praktiker im engeren (Entscheidungsträger) und weiteren (ihre Referenten, Mit- und Sachbearbeiter) Sinn sowie die vielen Bibliotheken aus den USA und Großbritannien. Ihnen allen ist gemeinsam, daß sie Themen, Debatten und Diskussionsbeiträge an einer imaginären ‚praktischen politischen Relevanz‘ messen. Kein Herausgeber-Gremium und kein großer Verlag kann und will es sich leisten, an den Präferenzen dieser Stammkunden vorbei zu produzieren und damit auf die Gewinne aus dem sehr einträglichen Geschäft mit politikwissenschaftlichen Fachzeitschriften zu verzichten. In der Regel sind US-amerikanische und britische Konsumenten von politikwissenschaftlichen Publikationen primär, wenn nicht sogar ausschließlich, an den sehr praktisch ausgerichteten ‚Forschungsergebnissen‘ von US-amerikanischen und britischen Wissenschaftlern interessiert. Der Glaube, daß weltbürgerliche Offenheit und kritische wissenschaftliche Neugier das Konsumverhalten der US-amerikanischen und britischen Käufer bestimmen, ist in diesem Zusammenhang haltlos, uninformiert und geradezu naiv⁸.

Zu 2): der Politikwissenschaft in den USA und Großbritannien liegt ein in den Gesinnungen der dort arbeitenden Wissenschaftler tief verwurzelter liberal-pragmatischer-cum-szientistischer *common sense* zugrunde. Wie gerade angedeutet müssen sich Politikwissenschaftler in den USA und Großbritannien immer auch daran messen lassen, ob ihre Arbeit praktisch nützlich ist. US-amerikanische und britische Wissenschaftler versuchen, auf der Basis von Analysen des ‚empirisch Gegebenen‘ Schlußfolgerungen zu ziehen, die politisch (!) verwertbar sind. Politische Wissenschaft in den USA bzw. Großbritannien versteht sich ganz überwiegend der innen- und/oder außenpolitischen Praxis dieser Länder verpflichtet – nicht einem wie auch immer gearteten (z.B. Humboldt’schen) Bildungsideal: der Wissenschaft als charakterbildendem und zivilisatorischem Motor. Die vermeintlich ‚besten‘ Institute streben traditionell danach, ehemalige politische Praktiker als Professoren zu gewinnen und/oder ihre ‚Forschung‘ gewinnbringend und prestigeträchtig der Praxis anzudienen. Und das bedeutet in der Konsequenz, daß wenige randständige Einzelkritiker von einem regimekonformen, unkritischen und praktisch denkenden Mainstream marginalisiert und damit ‚mundtot‘ gemacht werden⁹, weil und insofern sie sich weigern, das Ethos einer unabhängigen und kritischen Politik- und Sozialwissenschaft zu verraten. In der Konsequenz kann das bedeuten, daß die Mehrheit der Politikwissenschaftler im Namen des Pragmatismus versucht, die Planungsstäbe und Verteidigungseinrichtungen des mächtigsten politischen Establishments der Welt mit policy-orientierten Stellungnahmen darüber aufzuklären, wie die internationale Ordnung gegen sogenannte ‚Schurkenstaaten‘ aufrechterhalten werden kann. Wie selbstverständlich fällt dabei der so kritische Punkt unter den Tisch, daß gerade das mächtigste politische Establishment der Welt fast immer als der einflussreichste Geburtshelfer und Gönner solcher Staaten in Erscheinung getreten ist.

Genauso wichtig in diesem Zusammenhang: Politikwissenschaft gilt in den USA und Großbritannien vor allem dann als wissenschaftlich, wenn die liberalen Prämissen der anglo-amerikanischen Gesellschaftsordnung als universell gültig und erstrebens-

⁷ Im hier beschriebenen Sachverhalt spielt es keine Rolle, daß alle Anbieter auf einem modernen Gütermarkt über Werbung die Konsumwünsche ihrer potentiellen Kunden zu manipulieren versuchen.

⁸ Diese Einschätzung ist durchaus verbreitet und findet sich z.B. in Richard Münch, *Die Kultur der Moderne Bd. 1: Ihre Grundlagen und ihre Entwicklung in England und Amerika* (Frankfurt: Suhrkamp, 1993), S. 348.

⁹ In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß z.B. an der University of California in Los Angeles (UCLA) richtiggehend ‚Jagd‘ auf regimekritische Politik- und Sozialwissenschaftler gemacht wird, indem UCLA-Studenten von der sogenannten *Bruin Alumni Association* angehalten werden, gegen Belohnung diejenigen Wissenschaftler zu denunzieren, die in ihren Lehrveranstaltungen das Bush-Regime kritisieren. Mittlerweile existiert bereits eine umfassende Liste ‚radikaler‘ Professoren. Vgl. <http://www.uclaprofs.com/profs/profsindex.html>.

wert ‚bewiesen‘ werden, wenn mit ‚nützlichen‘ ökonomischen Rationalitätsannahmen argumentiert, und wenn mit ‚schlanken‘ bzw. ‚eleganten‘ Darstellungsformen – idealerweise mit Brüchen, Graphen, Funktionen und anderen mathematischen Stilmitteln – gearbeitet wird. Ein Grund dafür, warum das schon erwähnte *APSR* so eine herausragende Stellung in ‚der‘ Politikwissenschaft besitzt, liegt genau darin, daß die meisten der dort publizierenden Autoren diese Anforderungen vollständig erfüllen: Politik, egal ob von Individuen, Parteien, Organisationen, oder sogar Staaten, wird zur Summe rationaler Entscheidungen strategisch handelnder Akteure, deren Interaktionsmuster für den Zweck wissenschaftlicher Darstellung den Logiken vorformulierter spieltheoretischer Modelle angepasst werden – und nicht umgekehrt. Die Orientierung am Argumentationsstil der ökonomischen Theorie des 19. und an den Naturwissenschaften des 18. Jahrhunderts ist nachgerade in den USA, etwas weniger in Großbritannien, ein absolutes ‚Muß‘. Für Politikwissenschaftler, die nicht wie selbstverständlich daran gehen, ihrer Textproduktion liberal-pragmatische Prämissen zugrunde legen und/oder sich bei der Wahl ihrer Stilmittel zur ‚amerikanischen Zivilreligion‘, dem frühmodernen Szientismus, zu bekennen, ist es so gut wie unmöglich, in den führenden Fachzeitschriften der Disziplin zu veröffentlichen. Das ist vielleicht auch der wichtigste Grund vieler Politikwissenschaftler, am Fossil der sogenannten empirisch-analytischen ausgerichteten Politikwissenschaft festzuhalten.

Zu 3): die überragende Bedeutung, die Publikationen vor allem im angelsächsischen Wissenschaftsbetrieb spielen, führt gerade nicht dazu, daß die dort befindlichen Wissenschaftler sich primär um die Ausarbeitung neuer konzeptueller Schemata und/oder besserer Erklärungen für bisher unbeachtete Phänomene bemühen. Einerseits ist die Konstruktion neuer Theorien zeitaufwendig und arbeitsintensiv, andererseits ist wissenschaftliche Neugier und Unbedarftheit für jeden etablierten und noch viel mehr für jeden aufstrebenden ‚Fachvertreter‘ eher schädlich als förderlich. Mit der Ausarbeitung einer neuen Theorie beschäftigt zu sein, erfordert ein breit angelegtes, intensiv betriebenes und oft einsames – obgleich charakterbildendes – Literaturstudium. Sich dahingehend zu engagieren, hat für Wissenschaftler allerdings fast zwangsläufig zur Folge, daß sie in der Zwischenzeit wenig bis gar nichts veröffentlichen. Sich um neue Erkenntnisse zu bemühen, kann außerdem bedeuten, die sogenannte ‚herrschende Lehre‘ und damit die institutionell begründete Autorität etablierter akademischer Hierarchien zu hinterfragen. Beides ist außerordentlich gefährlich für die wissenschaftliche Karriere, denn nur ‚wer schreibt, der bleibt‘, und nur wer sich ‚Freunde‘ im Establishment macht, steigt auf. In der Konsequenz läßt sich daher eben vor allem in der US-amerikanischen Politikwissenschaft beobachten, daß die sich im Themenspektrum und Argumentationsstil der führenden Zeitschriften manifestierende herrschende Meinung sowie einflussreiche Netzwerke, die sogenannten ‚Zitationskartelle‘, dafür sorgen, daß Abweichler vom etablierten Konsens ausgeschlossen, und daß intellektuelle Freigeister früher oder später zu professionellen Karrieristen werden. Die verkrustete und engstirnige Debatte in den amerikanischen *Internationalen Beziehungen* zwischen selbsternannten Realisten und Liberalen verschiedener Couleur unterstreicht nachdrücklich, daß der Zwang, an den bereits existierenden und von etablierten Vertretern des Faches favorisierten Themenblöcken nicht nur weiterzuarbeiten, sondern auch den eingeübten Argumentationsstil beizubehalten, im wahrsten Sinn des Wortes für eine ‚Disziplin‘ sorgt, die der akademischen Textproduktion zwar die vom Mainstream ersehnte, aber aus wissenschaftlicher Sicht höchst fragwürdige, Eigenständigkeit als ‚Fachwissenschaft‘ beschert. Als Leser der Zeitschrift *International Organization* erfährt man z.B. immer mehr darüber, wie und warum sich Staaten als egoistische und rationale Nutzenmaximierer gerieren. Angesichts der Tatsache, daß weder ‚Staaten‘, noch ‚Rationalität‘, noch ‚Nutzen‘ natürlich gegebene und beobachtbare Phänomene sind, stellt man sich aber genau deswegen die Frage, ob besagte Disziplin nicht schon längst eine eigene (amerikanische) Fachidiotie hervorgebracht hat.

Noch entscheidender ist vielleicht die Tatsache, daß die Publikationsleistung sowohl der etablierten als auch der aufstrebenden Politikwissenschaftler wenig bis gar nichts über die Qualität ihrer Lehre sagt. Im Gegenteil suggerieren die Seminarpläne gerade derjenigen US-amerikanischen Politikwissenschaftler, die ihren ‚Erfolg‘ der aktiven Teilnahme an den Debatten des pragmatisch-cum-szientistisch orientierten Mainstreams verdanken, daß ihre Lehre sich ausschließlich auf Literatur aus US-amerikanischen Büchern und Zeitschriften stützt, weil sie Publikationen in anderen Quellen für unwissenschaftlich, oder für gänzlich irrelevant halten. Außerdem: es bedarf keiner großen Phantasie sich vorzustellen, daß denjenigen, die in der Hierarchie der *academic community* aufsteigen, weil sie viel schreiben und nützliche Freundschaften pflegen, oft die Zeit (und wohl auch die Lust) fehlt, sich in der Lehre zu engagieren. Die Betriebsamkeit, die nahezu jeder erfolgreiche Politikwissenschaftler in den USA und Großbritannien an den Tag legen muß, um während und vor allem außerhalb der Vorlesungszeit, teilweise über Jahre hinweg, sein ‚neuestes‘ *paper* auf allen möglichen Konferenzen vorzustellen und um dabei einflussreiche etablierte Fachkollegen persönlich kennenzulernen, ist nicht nur zeitintensiv. Sie steht einer ernsthaften und intensiven Lehr- und Forschungstätigkeit diametral entgegen. Nur am Rande sei der ebenso wichtige und zeitraubende Umstand erwähnt, daß sich erfolgreiche Politikwissenschaftler neben diesen Angelegenheiten immer mehr auch um die Eintreibung von Drittmitteln kümmern müssen. Diese werden in der Regel von etablierten Fachkollegen bewilligt (oder eben auch nicht), was den Ansporn zur gerade erwähnten Betriebsamkeit um ein Vielfaches steigert. Jeder, der bereits selbst einen Antrag auf Fördermittel ausgearbeitet hat, weiß um den stillschweigenden (und zynischen) Konsens aller Fachkollegen, daß bei der Eintreibung von Fördergeldern weniger die Originalität des Projekts, als vielmehr das erfolgreiche Networking und Klinkenputzen zum Erfolg führt, und daß Kompromisse betreffend Arbeitsaufwand und Energieeinsatz im Zweifel nicht zugunsten der Lehre sondern zugunsten der eigenen Karrierechancen gemacht werden (müssen).

Zusammengenommen liefern diese nicht-quantifizierbaren Sachverhalte interessante Aufschlüsse über die Qualität politikwissenschaftlicher Institute, nämlich

- daß es aufgrund de facto existierender Marktmechanismen im Geschäft mit dem Vertrieb von politikwissenschaftlicher Literatur zwangsläufig ganz überwiegend US-amerikanische und britische Politikwissenschaftler sind, die in US-amerikanischen und britischen Zeitschriften publizieren (können), um die Sichtweisen US-amerikanischer und britischer Politikwissenschaftler auf ausgewählte Themen zu bestätigen, oder ‚konstruktiv‘ zu kritisieren;
- daß es vor allem, wenn nicht sogar ausschließlich, diejenigen Politikwissenschaftler in den USA, in Großbritannien und im Rest der Welt zu Ruhm und Anerkennung in einem von US-amerikanischen und britischen Politikwissenschaftlern dominierten Milieu bringen, die sich den liberal-pragmatischen-cum-szientistischen Prämissen des politikwissenschaftlichen Mainstreams verschreiben;
- daß die im quantitativen output von Wissenschaftlern gemessene Teilnahme am (unkritischen) Mainstream-Diskurs viel über die Fähigkeit zur Netzworfbildung und die Akzeptanz der Akademiker unter Fachkollegen, aber so gut wie überhaupt nichts über die Originalität und Qualität von Forschung und Lehre sagt.

Resümee

Welche Aussagekraft hat nun die Rangliste der ‚besten‘ politikwissenschaftlichen Institute ‚weltweit‘? Abgesehen davon, daß in dem von Hix angestellten Vergleich – wie so oft – die Qualität von ‚Äpfeln‘ und ‚Birnen‘ (im übertragenen Sinn) qua Messung verglichen wurde, liegt die von Hix intendierte Botschaft der Statistik darin, sowohl dem angloamerikanischen Mainstream als auch dem Rest der Welt ‚objektiv‘ nachgewiesen zu haben, daß die US-amerikanischen und britischen Institute für Politikwissenschaft

das Maß aller Dinge sind; daß politikwissenschaftlicher Sachverstand *worth the name* aus den USA und Großbritannien kommt; daß der Rest der Welt das Selbstverständnis, das Ethos und die Infrastruktur US-amerikanischer und britischer Politikwissenschaft am besten gleich vollständig kopiert – was der aus anderen Gründen auch brav tut; und daß Politikwissenschaft ernst zu nehmen ist, wenn sie das ‚hohe‘ Niveau der Institute in den USA (v.a. Columbia, Harvard, Stanford) und Großbritannien erreicht hat.

Für spätmoderne Beobachter statistisch durchgeführter Qualitätsmessungen von politikwissenschaftlichen Instituten liegt die eigentliche und nicht-intendierte Aussage der Rangliste vielleicht ganz woanders: das entscheidende Qualitätskriterium darin zu sehen, daß Politikwissenschaftler weltweit an US-amerikanischen und britischen Debatten in US-amerikanischen und britischen Zeitschriften teilnehmen, die von US-amerikanischen und britischen Politikwissenschaftlern herausgegeben und von US-amerikanischen und britischen Verlagen aufgelegt werden, unterstreicht nicht nur die Selbstverliebtheit des Analytikers, sondern auch die Binnenorientiertheit des US-amerikanischen und britischen politikwissenschaftlichen Mainstreams. Dieser wird von einem sehr eigentümlichen Pragmatismus und Szientismus zusammengehalten und motiviert als formativer Kontext die Erhebung solcher Rankings politikwissenschaftlicher Institute. Besorgniserregend ist der hier anzutreffende angloamerikanische Triumphalismus, weil er – wie bereits in so vielen anderen gesellschaftlichen Lebensbereichen – nicht nur die kulturell begründete Andersartigkeit solcher Bereiche ignoriert, sondern weil er der Globalisierung des angloamerikanischen akademischen Ethos Vorschub leistet. Skandalös wird die Statistik, wenn man sie an den intendierten oder nicht-intendierten Konsequenzen misst: die Verbreitung dieses Ethos führt über kurz oder lang zu einem gefährlichen Dogmatismus und Scholastizismus unter Politikwissenschaftlern – *gemessen* daran, wie viel sich US-amerikanische und britische Politikwissenschaftler plus die sich mit ihnen solidarisierenden Fremdgänger aus anderen Ländern mit vorformulierten Theoremen und wie wenig sie sich mit Politik, dem eigentlichen Untersuchungsgegenstand der sogenannten ‚Disziplin‘ beschäftigen. Frustrierend ist am Ende der Umstand, daß ausgerechnet die Publikationsleistungen derjenigen zum Qualitätsmaßstab gemacht werden, die mit Hilfe von starren Modellen, Formeln und Gleichungen auf dem völlig falschen Weg nach den völlig falschen Dingen suchen.